



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des  
Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark sowie des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.01.2013
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und  
Golm  
Vorlage: 12/SVV/0664  
Fraktion SPD
- 3.2 Änderung der Geschäftsordnung - Große Anfragen  
Vorlage: 12/SVV/0154  
Fraktion FDP
- 3.3 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit  
finanziellen Auswirkungen  
Vorlage: 12/SVV/0209  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
- 3.4 Änderung der Geschäftsordnung  
Vorlage: 12/SVV/0303  
Fraktionen SPD, CDU/ANW, FDP, Bündnis 90/Die Grünen
- 3.5 Änderung der Hauptsatzung - Einwohnerversammlungen  
Vorlage: 12/SVV/0608  
Fraktion FDP
- 3.6 Ehrung von Otto Wiesner  
Vorlage: 10/SVV/0618  
Fraktion DIE LINKE, Gruppe Die Andere
- 3.7 Änderung des § 2 des Gesellschaftsvertrages der POLO  
Beteiligungsgesellschaft mbH  
Vorlage: 12/SVV/0894  
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 3.8 Erhöhung des Stammkapitals der ProPotsdam Facility Management GmbH  
Vorlage: 12/SVV/0895  
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

- 3.9 Integriertes Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt Potsdam DS  
11/SVV/0126, hier: Beteiligung der Energie und Wasser Potsdam GmbH an der  
BMV Energie GmbH & Co. KG  
Vorlage: 13/SVV/0041  
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 GEWERBEMonitor 2012  
Vorlage: 12/SVV/0900  
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 4.2 Richtlinie Städtepartnerschaften - Städtepartnerschaftsbericht 2012  
Vorlage: 12/SVV/0901  
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation
- 4.3 Drei- bzw. Sechsmontatskarten für Nahverkehr anbieten  
Vorlage: 13/SVV/0034  
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 4.4 Information über die erreichten Zinssätze beim Abschluss von Forwarddarlehen  
in 2012  
Vorlage: 13/SVV/0035  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.5 Betroffenenvertretung Bornstedter Feld  
Vorlage: 13/SVV/0036  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.6 Haushaltsbegleitender Beschluss zur Konzeptfinanzierung  
Vorlage: 13/SVV/0037  
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 4.7 Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte, Handlungsoptionen für das Grundstück  
"Hotel Mercure"  
Vorlage: 13/SVV/0044  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.8 Änderung in der Ausschussbesetzung  
Vorlage: 13/SVV/0063  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stv
- 4.9 10 Jahre Eingemeindung  
Vorlage: 13/SVV/0069  
Oberbürgermeister
- 4.10 Kostenlose Nutzung des Kunstrasenplatzes im Karl-Liebknecht-Stadion  
Vorlage: 13/SVV/0081  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

- 4.11 Vorstellung der neuen Struktur des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt"
- 4.12 Information bezüglich der Erarbeitung eines Gefährdungsatlas
- 5 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark sowie des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.01.2013**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Er schlägt vor, die öffentliche Tagesordnung unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ um folgende Punkte zu erweitern:

- Information über Verwaltungsstrukturveränderungen
- Sondersitzung der StVV am 10.04.2013

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses der Landeshauptstadt Potsdam mit dem Kreisausschuss des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurde versehentlich bereits in der Hauptausschusssitzung am 23. Januar 2013 abgestimmt, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlag. Dies, so der Oberbürgermeister, sei nun nachgeholt worden. Die Niederschrift der o. g. Sitzung wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Zur Niederschrift der 83. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23. Januar 2013 bittet Herr Schultheiß um eine Klarstellung auf Seite 8, 4. Absatz – hier müsse es richtig heißen:

... Herr Schultheiß tut sich mit einer Entscheidung schwer. Einerseits führe die Richtlinie zu einer Steigerung der Kosten. Andererseits wäre es schön, wenn die Kommune Investoren sich an den Investitionen beteiligen können. Der Bau von KITAS sei Sache der Kommune.

Die Niederschrift wird mit dieser Klarstellung mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und Golm**

**Vorlage: 12/SVV/0664**

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister informiert, dass das angekündigte Gespräch noch nicht stattgefunden hat. Die Verwaltung habe ihre „Hausaufgaben“ gemacht; E.on e.dis jedoch keinen Gesprächstermin bestätigt. Dies habe er dem Unternehmen heute auch schriftlich mitgeteilt. Er schlägt vor, in der nächsten Hauptausschusssitzung über einen möglichen Termin zu berichten.

#### **zu 3.2 Änderung der Geschäftsordnung - Große Anfragen**

**Vorlage: 12/SVV/0154**

Fraktion FDP

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 3.2 – 3.5 zusammen zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch. Er führt eingangs aus, dass sich die Arbeitsgruppe Geschäftsordnung mit den Änderungsvorschlägen auseinandergesetzt habe. Da der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung heute aus terminlichen Gründen an einer Teilnahme verhindert sei, habe er Herrn Heuer gebeten, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorzutragen.

Herr Heuer betont, dass er den Einwänden der Fraktion DIE LINKE zustimme und es auch nicht als seine Aufgaben ansehe, die Ergebnisse zu erläutern. Die Arbeitsgruppe habe regelmäßig beraten und die vorgeschlagenen Änderungen seien in der vorliegenden Synopse zusammengefasst. Er betont, dass dies kein einstimmiges Ergebnis sei und schlägt eine Beratung in den Fraktionen vor.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass die fehlende Einigkeit zu erwarten war und stimmt dem Vorschlag der Beratung in den Fraktionen zu; sehe jedoch keinen Zeitdruck dafür.

Auf Bitte von Frau Dr. Müller wird die vorliegende Synopse den Fraktionen in elektronischer Form zur Verfügung gestellt.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters und Anmerkung von Herrn Heuer, hier kein Zeitspiel zu betreiben, soll die Thematik in 4 Wochen wieder aufgerufen werden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

#### **zu 3.3 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen**

**Vorlage: 12/SVV/0209**

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

**siehe Tagesordnungspunkt 3.2**

**zu 3.4 Änderung der Geschäftsordnung**  
**Vorlage: 12/SVV/0303**  
Fraktionen SPD, CDU/ANW, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

**siehe Tagesordnungspunkt 3.2**

**zu 3.5 Änderung der Hauptsatzung - Einwohnerversammlungen**  
**Vorlage: 12/SVV/0608**  
Fraktion FDP  
auch AG Geschäftsordnung

**siehe Tagesordnungspunkt 3.2**

**zu 3.6 Ehrung von Otto Wiesner**  
**Vorlage: 10/SVV/0618**  
Fraktion DIE LINKE, Gruppe Die Andere

Der Oberbürgermeister merkt eingangs an, dass sich der Hauptausschuss zum weiteren Verfahren verständigen sollte und es nicht um eine Wiederholung der Diskussion im Ausschuss für Kultur gehe. Er habe im Vorfeld mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Herrn Prof. Dr. Sabrow gesprochen, der bereit sei, im Hauptausschuss das vorliegende Gutachten zu erläutern. Auf dieser Basis solle dann eine Verständigung erfolgen, wie mit dem vorliegenden Antrag umzugehen sei.

Da es noch keinen konkreten Termin gebe, schlage er vor, die Verständigung dazu in die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung am 13. März aufzunehmen.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters erhebt sich kein Widerspruch.

Auf die Nachfrage von Herrn Schultheiß, warum jetzt ein anderer Gutachter eingeladen werde, entgegnet der Oberbürgermeister, dass das ZZF von der Landeshauptstadt beauftragt wurde und die dann wiederum Frau Dr. Kimmel. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es ihn interessiere, welche Maßstäbe generell an Straßenbenennungen angelegt werden oder ob es sich hier nur um die Person handele. Er meine, Prof. Dr. Sabrow sei die Autorität, mit der das Gespräch diesbezüglich geführt werden könne.

**zu 3.7 Änderung des § 2 des Gesellschaftsvertrages der POLO**  
**Beteiligungsgesellschaft mbH**  
**Vorlage: 12/SVV/0894**  
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Herr Kümmel bringt die Vorlage ein. Anschließend beantragt Frau Bankwitz, die Vorlage zurückzustellen und gemeinsam mit der DS 12/SVV/870 - Vermarktung städtischer Grundstücke – zu beraten. Herr Klipp spricht sich dagegen aus, weil mit dem Beschlussvorschlag auch darüber hinausgehende Aufgaben verbunden seien, die erst mit der Satzungsänderung in Angriff genommen werden können. Auch Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er keine Schwierigkeit sehe dieser Vorlage zuzustimmen, denn man habe lange genug darum gekämpft, dass die Kommunalverfassung so etwas zulasse und sollte nun im Interesse des kommunalen Unternehmens dem zustimmen.

Der GO-Antrag von Frau Bankwitz wird mehrheitlich **abgelehnt**, bei 3 Ja-Stimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Ergänzung des § 2 des Gesellschaftsvertrages der POLO Beteiligungsgesellschaft mbH:

„Nebenleistungen dürfen im Rahmen des § 91 Abs. 5 Nr. 2 BbgKVerf erbracht werden, wenn diese nach Art und Umfang für den Geschäftsbetrieb von untergeordneter Bedeutung sind und die Betätigung der Gesellschaft nach Satz 1 nicht beeinträchtigt wird.“

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,  
bei 1 Gegenstimme und  
einigen Stimmenthaltungen.

**zu 3.8 Erhöhung des Stammkapitals der ProPotsdam Facility Management GmbH**

**Vorlage: 12/SVV/0895**

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Herr Kümmel bringt die Vorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Erhöhung des Stammkapitals der ProPotsdam Facility Management GmbH von derzeit 25.000 Euro um 75.000 Euro auf 100.000 Euro durch Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam Facility Management GmbH.

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung: 13  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 3.9 Integriertes Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt Potsdam DS 11/SVV/0126, hier: Beteiligung der Energie und Wasser Potsdam GmbH an der BMV Energie GmbH & Co. KG**

**Vorlage: 13/SVV/0041**

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Herr Böhme erläutert die Beschlussvorlage an Hand visueller Darstellung aus technischer und Herr Neumann aus kaufmännischer Sicht. Im Weiteren betont der Oberbürgermeister, dass er aus den Beratungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Kenntnis hat, dass für die Umgebung von Potsdam keine Windkraftanlagen vorgesehen seien, so dass nur die Variante der Beteiligung für die EWP bleibe.

Im Weiteren beantworten Herr Böhme und Herr Neumann die Fragen der Hauptausschussmitglieder und sagen auf Bitte von Frau Dr. Lotz zu, den Fraktionen jeweils ein Exemplar der Leistungsbeschreibung zukommen zu lassen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Zustimmung zur Beteiligung der Energie und Wasser Potsdam GmbH an der BMV Energie GmbH & Co. KG als Kommanditisten mit einer nominalen Einlage in Höhe von 400.000,00 Euro.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 4      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1      GEWERBEMonitor 2012**

**Vorlage: 12/SVV/0900**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.2      Richtlinie Städtepartnerschaften - Städtepartnerschaftsbericht 2012**

**Vorlage: 12/SVV/0901**

Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation

Frau B. Müller dankt dem Oberbürgermeister und dem Bereich Marketing für die umfangreiche Unterstützung der Städtepartnerschaftsvereine, obwohl es sie traurig stimmt, dass es keine Aktivitäten mit Bobigny mehr gebe. Sie regt an, ein Schüler-/Forschungsprojekt zum Thema der Deportation von Juden zu initiieren, was auch vom Bahnhof in Bobigny der Fall gewesen sei. Frau Dr. Sommer bestätigt, dass der Kontakt im vergangenen Jahr zum Erliegen gekommen sei und bedankt sich für die Anregung. Allerdings befürchte sie, dass darüber hinaus die Städtepartnerschaft nicht zu beleben sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.3      Drei- bzw. Sechsmonatskarten für Nahverkehr anbieten**

**Vorlage: 13/SVV/0034**

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Frau Dr. Müller fragt nach, ob es zum gegebenen Zeitpunkt eine Information über das Ergebnis der Diskussion im VBB geben werde und eine Chance zur Umsetzung des Anliegens bestehe. Herr Exner sieht eine Chance auf Änderung nur dann, wenn das in die Tarifstruktur passe und von mehreren Seiten gewollt werde. Ein Bericht zu diesem Thema solle im Hauptausschuss in 6 Wochen gegeben werden. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.4 Information über die erreichten Zinssätze beim Abschluss von Forwarddarlehen in 2012**

**Vorlage: 13/SVV/0035**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.5 Betroffenenvertretung Bornstedter Feld**

**Vorlage: 13/SVV/0036**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Klipp informiert, dass die Vertreter mittlerweile gewählt seien; allerdings bei sehr geringer Wahlbeteiligung. Auf Nachfrage schätzt er die Wahlberechtigten auf ca. 10.000, wovon sich 4 % an der Abstimmung beteiligt hätten, ähnlich der Beteiligung bei der Wahl des Beirates für die Gartenstadt Drewitz.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.6 Haushaltsbegleitender Beschluss zur Konzeptfinanzierung**

**Vorlage: 13/SVV/0037**

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.7 Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte, Handlungsoptionen für das Grundstück "Hotel Mercure"**

**Vorlage: 13/SVV/0044**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.8 Änderung in der Ausschussbesetzung**

**Vorlage: 13/SVV/0063**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stvv

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.9 10 Jahre Eingemeindung**

**Vorlage: 13/SVV/0069**

Oberbürgermeister

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.10 Kostenlose Nutzung des Kunstrasenplatzes im Karl-Liebknecht-Stadion**

**Vorlage: 13/SVV/0081**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Die in der Mitteilungsvorlage avisierten Maßnahmen, so Frau Dr. Magdowski, seien bereits umgesetzt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.11 Vorstellung der neuen Struktur des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt"**

Frau Trauth-Koschnik erläutert an Hand visueller Darstellung die Historie des Büros, die rechtlichen Grundlagen und die Entwicklung des Aufgabenspektrums, vor allem in den vergangenen 3 Jahren, wie z. B. der demografische Wandel, die Inklusion und die Bürgerbeteiligung. Zur effizienteren Aufgabenerledigung mit dem Ziel, eine moderne Beauftragtenarbeit zu leisten, sei fachliche Unterstützung durch einen Sozialwissenschaftler und eine weitere Sachbearbeiterin notwendig. Auf Nachfrage erklärt der Oberbürgermeister, dass es diesbezüglich Gespräche gebe und ein in Ausbildung befindlicher Sozialwissenschaftler für diese Aufgaben vorgesehen sei. Die Umsetzung werde im Laufe dieses Jahres erfolgen; vor der Sommerpause könne zum Stand der Umsetzung Bericht erstattet werden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.12 Information bezüglich der Erarbeitung eines Gefährdungsatlas**

Dies, so der Oberbürgermeister, erfolge im Rahmen der Korruptionsprävention und sei ein Baustein im Rahmen des Eintritts bei Transparency International. Herr Erdmann verweist darauf, dass der Geschäftsbereich 3 dies als Pilot durchgeführt und die korruptionsgefährdeten Bereiche identifiziert habe. Er betont, dass es um das Risikopotential der Stellen und nicht der Mitarbeiter gehe und das Projekt nun verwaltungsweit umgesetzt werden solle. Um mit Risiken umgehen zu können, müsse man sie kennen.

Anschließend stellt Herr Richter an Hand visueller Darstellung die gewählte Vorgehensweise vor.

Der Oberbürgermeister führt im Weiteren aus, dass die angeführte Rotation von Mitarbeitern kein Allheilmittel und in einer fachspezifischen Verwaltung auch nicht immer sinnvoll sei. Es gebe auch andere Maßnahmen, wie das Vier-Augen-Prinzip oder Stichproben. Die Korruptionsprävention sei Aufgabe der Führungskräfte und dafür werde ihnen der Gefährdungsatlas als Instrument an die Hand gegeben. Die Erarbeitung erfolge in enger Zusammenarbeit mit Transparency International.

**neu Information zu den angekündigten Verwaltungsstrukturveränderungen**

Der Oberbürgermeister betont eingangs, dass er die vorzeitige Veröffentlichung der Ideen in der Presse bedauere. Die Verwaltungsstrukturveränderungen seien eine Reaktion auf die veränderten Aufgaben, die sich z. B. aus einer wachsenden Stadt wie Potsdam, den sinkenden investiven Schlüsselzuweisungen und der in 2014 neu beginnenden EU-Förderperiode sowie der in der heutigen Presse zu lesenden Neuordnung der Kreise ergeben. Deshalb sei es Ziel, eine effiziente Verwaltungsstruktur zu etablieren. Neben der Zuordnung der Unteren Naturschutzbehörde, der unteren Wasserbehörde und der unteren Straßenverkehrsbehörde, die dem Geschäftsbereich 4 zugeordnet werden, sollen Straßenreinigung und Winterdienst zusammengefasst werden. Die Änderungen im Geschäftsbereich 1 begründen sich in einer effizienteren

finanziellen Ressourcensteuerung. Diese Vorschläge seien kein Potsdamer Einzelereignis, sondern hier habe man sich an anderen Städten wie Erfurt, Mannheim, Magdeburg oder Bonn orientiert.

Die Bereiche Recht und Personal werden zu einem Fachbereich unter Leitung von Frau Krusemark zusammengelegt. Damit werden weitere 60 Mitarbeiter dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters „zugeschlagen“, so dass eine neue Funktion mit dem Arbeitstitel „Verwaltungsmanager“ eingerichtet werde.

Diese Veränderungen seien als Ziel formuliert; die Details jetzt in den gebildeten Arbeitsgruppen bis zur Sommerpause abschließend zu beraten. Wichtig sei, dass diese Entscheidungen von den beteiligten Geschäftsbereichsleitern mit geplant, mit beraten und mit getragen werden.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass ein diesbezügliches Mitspracherecht der Stadtverordneten abgeschafft wurde und fragt, ob dieses Vorhaben eine Überlegung sei, die mit den Stadtverordneten weitergeführt werden solle; er wolle jedenfalls dafür werben.

Der Oberbürgermeister betont, dass diese Strukturänderungen gut überlegt seien und laut Kommunalverfassung der Oberbürgermeister darüber entscheide. Das entlaste die Stadtverordneten auch, denn sie müssten dafür keine Verantwortung übernehmen. Er sei für eine Diskussion und Vorschläge dennoch offen und werde über die einzelnen Zwischenschritte auch entsprechend informieren.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob es nur Personalverschiebungen oder auch Personalaufwuchs gebe, entgegnet er, dass es sinnvolle und adäquate Änderungen geben werde.

**neu Information über eine Sondersitzung der StVV am 10.04.2013 –  
ausschließlicher TOP: Haushaltssatzung 2013**

Der Oberbürgermeister führt aus, dass an ihn die Überlegung herangetragen worden sei, die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.04.2013 zu entschlacken und die Thematik der Haushaltssatzung 2013 in einer Sondersitzung am 10.04.2013 zu beraten.

Herr Dr. Scharfenberg sieht darin ein sehr ehrgeiziges Ziel, was er für unrealistisch halte. Die Ausschüsse hätten noch nicht abschließend beraten und auch die Fraktionen müssten sich noch „sortieren“.

Im Ergebnis der Diskussion wird die Idee einer Sondersitzung am 10.04.13 verworfen und mehrheitlich vorgeschlagen, die Beratung der Haushaltssatzung in die Tagesordnung der regulären Sitzung am 08. Mai 2013 aufzunehmen.

**zu 5 Sonstiges**

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann mit einem Ergebnis der Arbeitsgruppe „Potsdam 22“ zu rechnen sei, wird eine Mitteilungsvorlage für die Aprilsitzung der Stadtverordnetenversammlung avisiert.